

GROSSER RAT

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 5 / 58
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zum Budget 2021 und zum Finanzplan 2022 - 2024

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU:

Präsidentin: Christine Steiger Eggli, Steckborn
Mitglieder: Stefan Leuthold, Frauenfeld
Mathis Müller, Pfyn
David Zimmermann, Braunau

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2021 und Finanzplan 2022 - 2024

Ein Dauerbrenner ist die Beschleunigung der Prozesse im Baugesuchs-, Planungs- und auch Rechtsmittelverfahren. Dies zeigt sich auch im aktuellen Vorstoss «Interpellation Geschäfts- und Dienstleistungsprozesse im Departement für Bau und Umwelt - Bereiche Bau». Die Verfahren dauern lange und länger. Mangels Auswertungsmöglichkeiten konnten die Ursachen für diese Entwicklung bislang nicht analysiert werden. Die Ämter nennen u.a. unvollständige und mangelhafte Gesuchsunterlagen, Ressourcenengpässe und die steigende Komplexität als Gründe für die zunehmende Verweildauer von Gesuchen beim Kanton. Seitens der Gemeinden und Bauherrn/Planern ist die Rede davon, dass die Fachspezialisten an den Schlüsselpositionen der Ämter ihren Aufgabenbereich sehr unterschiedlich und unter Entwicklung einer gewissen Eigendynamik ausführen. Über die Bewilligung- oder Beratungsfunktion hinaus werde in Zuständigkeitsbereiche der Gemeinden eingegriffen. Tendenzen zur Zentralisierung würden festgestellt.

Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat das Departement parallel zur Beantwortung der Interpellation einen Projektauftrag beschlossen. Gestützt auf eine Analyse der heutigen Abläufe sind Vorschläge für die Optimierung der wichtigsten Geschäftsprozesse vorzulegen und die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Anpassungen zu benennen.

Dieses Projekt kann nicht mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden, ohne dass die zwar mit Budget 2020 aufgestockten Ressourcen von ihren Kernaufgaben abgehalten werden. Folgerichtig wurde eine externer Projektleitung, die auch den Blick «von aussen» einbringt, vorgeschlagen.

Dieses Jahr wurden bedeutend weniger Stellen, d.h. 3.4 Stellen beantragt (letztes Jahr 11.42). Im ARE sind 1.9 neue Stellen vorgesehen, d.h. eine für die Umsetzung Biodiversitätsstrategie, 0.4. für die Abteilung «Bauen ausserhalb der Bauzone», 0.5 für BOA (befristet um ein weiteres Jahr).

Im TBA soll mit der neugeschaffenen Stelle dem zu bewältigenden Planungs- und Bauvolumen sowie den deutlich gestiegenen Anforderungen in der Bearbeitung der Projekte begegnet werden.

2/10

Im Amt für Umwelt wird eine Stelle (0.5) befristet auf 2 Jahre für die projektbezogenen Stelle «Überprüfung hydrogeologischer Grundlagen rechtliche Konformität der Grundwasserschutzzonen im Kt. Thurgau» geschaffen.

Fragen aus der Gesamt-GFK

Externe Aufträge

Grundsätzlich genehmigt der Grosse Rat gemäss § 10 Finanzhaushaltsgesetz die Summen der Globalbudgets sowie Einzelpositionen und Verpflichtungskredite, die nicht Bestandteil von Globalbudgets sind. Daher besteht ein gewisser Widerspruch, wenn im Rahmen der Budgetberatung detaillierte Listen zu einzelnen Positionen aus den Globalbudgets erstellt werden sollen. Die Fragen detailliert zu beantworten, würde aufgrund der Bestimmungen im Finanzhaushaltsgesetz den Rahmen der Budgetberatung sprengen. Trotzdem werden folgende Auskünfte erteilt:

Der Anteil für Dienstleistungen und Honorare im Sachaufwand variiert von Amt zu Amt stark und liegt gemäss einer Schätzung zwischen 10% und 70%.

Externe Mandate werden vergeben für Aufgaben, für welche ein Spezialwissen erforderlich ist oder aber die Ressourcen oder Infrastrukturen nicht vorhanden sind (z. B. Projektleitungen, Gutachten, Studien, Fluglärmmonitoring, Planung, Bauleitung und Umsetzung von ökologischen Aufwertungsmassnahmen, Pflege von Naturschutzgebieten, grafische Dienstleistungen, Parkplatzbewirtschaftung, Unterhaltsreinigungen, Konzepte, Analytik, externe Unternehmerleistungen für Winterdienst und im Forst).

Im Departement für Bau und Umwelt gibt es eine Vielzahl von Projekten, welche in dieser Antwort nicht alle detailliert aufgeführt werden können. Projekte mit Kosten über Fr. 100'000 werden vom Regierungsrat beschlossen. Wichtige und übergreifende Projekte werden dem regierungsrätlichen Projektcontrolling unterstellt. Aktuell sind dies die folgenden Projekte:

Name	Projektlaufzeit	Kostendach
BOA	2018 - 2021	Fr. 500'000
Bahnübergangssanierungen FWB	2008 - offen	9.051 Mio. Fr.
Thur+	2011 - offen	1.370 Mio. Fr.
Auflageprojekt Hochwasserschutz im Raum Rickenbach-Wilen-Sirnach-Wil	2017 - offen	2.200 Mio. Fr.
Massnahmenplan Ammoniak	2018 - 2020	Fr. 50'000
Kantonale Brauchwasserversorgungsplanung	2020 -	Phase I: Fr. 30'000
Überprüfung der hydrogeologischen Grundlagen und rechtlichen Konformität der Grundwasserschutzzonen	2020 - 2022	Phasen I und II: Fr. 70'000 50%-Projektstelle für 2 Jahre

Die Kosteneinhaltung wird mittels Kontrolle der monatlichen Verwaltungsrapporte, bei grösseren Vorhaben im Rahmen des halbjährlichen Controllings oder aber auch durch Ankündigung durch Auftragnehmer (Auftragsvergabe mit Kostendach) sichergestellt.

3/10

Sofern es sich bei externen Aufträgen um wissensbasierte Vergaben handelt, wird der Wissenstransfer durch eine enge Begleitung seitens Auftraggeber gewährleistet.

Finanzplan 2022 - 2024

Der Finanzplan 2022 - 2024 des Regierungsrates zeigt finanziell ein ziemlich düsteres Bild. Noch ist nicht abschätzbar, ob die dem Finanzplan zugrundeliegenden Annahmen effektiv eintreten werden.

Der Finanzplan DBU beinhaltet bereits Pauschalkorrekturen:

in Mio. Franken	2022	2023	2024
Erfolgsrechnung	-2.145	-3.162	-0.774
Investitionsrechnung	-19.505	-25.295	-30.045

Zusätzlich sind vermutlich noch nicht alle Aufgaben der kommenden Jahre im Finanzplan enthalten, so beispielsweise die Umsetzung der Volksinitiative Biodiversität Thurgau mit jährlich drei bis fünf Mio. Franken. Vor diesem Hintergrund kann den aufgezeigten finanziellen Entwicklungen aus Sicht DBU nur durch Verschieben oder Reduzieren von Vorhaben oder Leistungen oder Verzicht entgegengewirkt werden.

Digitalisierung

Die wichtigsten Digitalisierungsprojekte, neben BOA, die bereits angelaufen sind:

- Speedikon (Bewirtschaftung der Mietobjekte mit Facilitymanagement-Software, Flächenmanagement)
- Digitalisierung Rechnungsworkflow HBA
- DMS für einheitliche und durchgängige Bauwerksdokumentation
- XAMOS: Elektronische Betriebsdatenerfassung im TBA
- FMS: Flottenmanagementsystem im Betrieb TBA
- Aggloportal
- Einführung eDossier in unterschiedlichen Fachbereichen AfU
- Verknüpfung von Daten aus unterschiedlichen Datenquellen/-applikationen (Datenbanken, GIS, Fachapplikationen, Adressen) im AfU
- Bei "NFA Forst" sind Optimierungen der Prozesse durch Digitalisierung am Laufen

Die wichtigsten geplanten Digitalisierungsprojekte sind:

- Einführung E-Mitwirkung bei Vernehmlassungen im ARE
- SmartTraffic (automatisierte Verkehrszählung) im TBA
- Verkehrsmodell Kanton Thurgau (TBA)
- Grünflächenbewirtschaftung (TBA)
- Kreditoren Scanning und elektronische Visierung (AfU)
- Tw. Digitalisierung bestehender Aktenbestände nach Fabasoft und Umstellung auf eine reine digitale Aktenbewirtschaftung und -ablage (div. Ämter)

Gemeinsam ist vielen Projekten eine zentrale Bewirtschaftung auf einer Datenbank (als Ablösung von verschiedenen Einzelbearbeitungen), welche Fehler, Widersprüche und Doppelspurigkeiten reduziert und die Effizienz steigert ebenso wie eine bessere Übersichts- und Koordinationsmöglichkeit. Teilweise geht es auch um Automatisierungen von Arbeitsschritten. Mit vielen Vorhaben wird ein vernetztes Bearbeiten von Geschäftsfällen ermöglicht. Gleichzeitig können Daten aktuell analysiert und bereitgestellt werden, was wiederum der Transparenz und Nachvollziehbarkeit dient.

Budget 2021

6010-6020 Generalsekretariat

Thema ist und bleibt auch hier, wie die Verfahrensdauer von Rekursen optimiert werden kann.

Die Indikatoren für den Rechtsdienst DBU lauten seit 2004:

Fristgerechte Bearbeitung von Standardrekursen, -einsprachen und -aufsichtsbeschwerden:

80 % < 18 Wochen

Fristgerechte Bearbeitung von Nicht-Standardrekursen, -einsprachen und -aufsichtsbeschwerden

80 % < 8 Wochen nach Abschluss Schriftenwechsel expediert

Nachdem in diesen 16 Jahren der erste Indikator in drei Jahren (19%) und der zweite in elf Jahren (69%) nicht erfüllt werden konnte, wurden im Jahr 2019 in internen Arbeitsgruppen die Ursachen analysiert. Es hat sich u.a. gezeigt, dass die heutigen Indikatoren nicht mehr zeitgerecht sind. Standardverfahren waren als Verfahren ohne Weiterungen definiert. Nicht-Standardverfahren waren diejenigen Verfahren mit Weiterungen (mehrere Schriftenwechsel, Fristerstreckungsgesuche etc.). Im Gegensatz zu vor 16 Jahren sind heute die meisten Verfahren formeller geworden sind, Verfahren ohne anwaltliche Vertretung sind heute die Ausnahme, Fristerstreckungsgesuche und mehrere Schriftenwechsel die Regel. Diese Unterscheidung ist daher nicht mehr aussagekräftig.

Die neuen Indikatoren sollen den Fokus auf die gesamte Verfahrensdauer legen, wobei davon die Zeiten abzuziehen sind, die durch das DBU nicht beeinflusst werden können (wie bspw. Fristerstreckungen, Vergleichsgespräche etc.). Mit der Geschäftsverwaltungssoftware Fabasoft besteht heute keine Möglichkeit, diese Zeiten zu erfassen. Eine entsprechende Metadatenerweiterung und gleichzeitig auch ein neuer Bearbeitungsstatus "sistiert" wurden im August 2019 beim Afl bestellt. Ursprünglich wurde mit einer Realisierung in ein paar Monaten gerechnet. So hätte man für die Erstellung des Budgets 2021 ein paar Monate Zeit gehabt, um diese neuen Datenfelder auszuwerten und daraus geeignete Indikatoren abzuleiten.

Aktuell liegt ein umfassender Bericht zur Verfahrensbeschleunigung bei den Rechtsmittelverfahren vor. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob künftig auf Rechtsauskünfte für Private verzichtet werden soll. Rechtsauskünfte binden Ressourcen. Zudem können nur Auskünfte zu formellen Fragen erteilt werden. Zu laufenden Verfahren und konkreten Rechtsfällen hingegen werden keine Auskünfte erteilt, weshalb private Rechtsauskunftssuchende in der Regel nicht zufriedenstellen gestellt werden können. Für Gemeinden wird eher davon ausgegangen, dass weiterhin Rechtsauskünfte erteilt werden können.

Kommentar Seite 189 «Allgemein» zu Globalbudget und Leistungsauftrag:

Die Arbeiten am Projekt ESP Wil West laufen schon seit gut zehn Jahren. Bis Ende 2019 fielen im Amt für Raumentwicklung rund Fr. 950'000 an (Beiträge an die Geschäftsstelle bei der Regio Wil, Aufträge im Zusammenhang mit der Arealentwicklung, der Masterplanung, der Ausarbeitung Kantonale Nutzungszone etc.). Im Jahr 2020 sind

bisher knapp Fr. 170'000 verbucht worden. Für die Infrastrukturvorhaben (insbesondere Strassen) sind im Tiefbauamt für das abgeschlossene Vorprojekt netto rund Fr. 300'000 angefallen. Für die Erarbeitung des Bauprojektes geht man von Kosten von 4.15 Mio. Franken aus, diese Arbeiten werden voraussichtlich 2022 abgeschlossen. Für die Realisierung wird in der Folge ein Baubeschluss zu fassen sein.

Seit 2019 ist im Generalsekretariat die Projektkoordinationsstelle angesiedelt. Alle Kosten waren in den jährlichen Budgets bzw. Geschäftsberichten enthalten.

Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass 2021 die öffentliche Mitwirkung und 2022 die Planauflage der Kantonalen Nutzungszone (KNZ) mitsamt Strassenbauprojekten im KNZ-Perimeter durchgeführt werden. Anschliessend sind Infrastrukturbauten wie die Erschliessung zu erstellen, bevor die bauliche Entwicklung auf dem Areal stattfinden kann. Diese kann sich über ca. zwei Jahrzehnte erstrecken.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Kommentar Seite 193 «Allgemein» zu Globalbudget und Leistungsauftrag

Zur effizienteren Bearbeitung des Bereichs «Baugesuche ausserhalb Bauzonen» wurde eine neue Abteilung geschaffen. Die Abteilung Bauen ausserhalb Bauzonen ist aktuell mit 260 Stellenprozenten dotiert. Diese wurden aus der Abteilung Ortsplanung transferiert. Per 2021 soll die Abteilung auf 320 Stellenprozent aufgestockt werden. Dazu wurden 40 Stellenprozent neu beantragt, 20 Stellenprozent werden durch interne Verschiebungen generiert. Es handelt sich um unbefristete Stellen.

Produktegruppe Information Seite 193, «Broschüren»: Raubeobachtungsbericht

Die externen Kosten für die Erstellung des vorliegenden Raumentwicklungsberichts belaufen sich auf Fr. 13'600. Der grösste Aufwand ist indessen in der Abteilung Kantonale Planung für das Verfassen der Berichte geleistet worden. Mit dem Bericht für den Bund wird der Auftrag zur regelmässigen Berichterstattung über die Richtplanung gegenüber dem Bundesamt für Raumentwicklung erfüllt (vgl. Art. 9 der Raumplanungsverordnung [RPV; SR 700.1]). Es handelt sich um einen eher technischen Bericht.

Die kantonale Raubeobachtung ist noch im Aufbau. Der Schwerpunkt soll dabei vor allem auf Themen liegen, die sowohl für den Kanton als auch für eine breite Öffentlichkeit von Interesse sind.

Produktegruppe Natur und Landschaft, Seite 193

Erfreulicherweise haben bisher 25 Gemeinden ihr Interesse am Projekt "Vorteil naturnah" bekundet. Bis dato hat im Jahr 2020 erst eine Gemeinde Zusatzmittel erhalten, da der Kanton den ersten Teil der Mittel erst auszahlt, nachdem die Gemeinde eine flächendeckende Bestandesanalyse inkl. Massnahmenplan ("Grundlagenpapier") abgeschlossen hat. Über 15 Gemeinden haben diese Arbeit im Sommer 2020 abgeschlossen oder zumindest begonnen. Aktuell werden die Ergebnisse zwischen Gemeinden und Kanton besprochen. Anschliessend werden dieses Jahr voraussichtlich rund fünf bis zehn weitere Gemeinden Zusatzmittel erhalten.

Es ist davon auszugehen, dass die 25 Gemeinden, die vom Regierungsrat für das Projekt bis 2023 bereitgestellten Mittel von Fr. 950'000 aufbrauchen werden. Es stehen ak-

6/10

tuell also keine Mittel für weitere Gemeinden zu Verfügung. Die Volksinitiative "Biodiversität TG" bietet jedoch die Chance, das Unterstützungsangebot auf weitere Gemeinden auszudehnen.

6210-6240 Hochbauamt

Seite 198 Allgemein

Der höhere Sachaufwand von Fr. 82'300.00 begründet sich darin, dass aufgrund des Anstiegs der Mietzinse im Budget 2021 (vgl. Zahlenteil, S. 40) auch von einem höheren Energieverbrauch und entsprechend höheren Kosten ausgegangen wird.

Konto 6225, Seite 200 Baubeiträge

Die Stiftung Napoleon III konzentriert sich seit ihrer Gründung vor allem auf die Wiederherstellung des im Laufe des 19. Jahrhunderts angelegten Landschaftsparks des Schlossgutes Arenenberg (vgl. auch www.stiftungnapoleon.ch). Der zentrale Teil des Schlossparks war verschüttet und wurde erst anhand alter Pläne und im Zuge archäologischer Untersuchungen freigelegt. Dank der Stiftung und mit Unterstützung des Kantons Thurgau (Lotteriefonds), des Bundes (Beiträge des Bundesamtes für Kultur) und von Sponsoren konnte er rekonstruiert und im Jahr 2008 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

In der Zwischenzeit ist der Schlosspark zu einem wichtigen Teil der Gesamtanlage Arenenberg im Besitze des Kantons Thurgau (Schenkung von Kaiserin Eugénie im Jahr 1906) geworden. Es ist deshalb sinnvoll, auch den östlichen Teil des historischen Landschaftsparks wiederherzustellen und damit der Gesamtanlage ihr ursprüngliches Gesicht zurückzugeben. Die Stiftung Napoleon III hat deshalb eine Projektskizze zur Restaurierung des östlichen Teils des Schlossparks vorgelegt und in der Folge eine Sammelaktion für diesen Parkteil eingeleitet. Ende 2019 konnte die Detailplanung der Restaurierung des Ostteils des Schlossparks aufgenommen werden.

Die Stiftung Napoleon III regelt die Projektorganisation, finanziert die Planungs- und Bauleistungen, tritt als Bauherr auf und zeichnet für die Arbeitsvergaben verantwortlich. Der Kanton ist mit je einer Vertretung des Napoleonmuseums, des Bildungs- und Beratungszentrums Arenenberg und des Hochbauamtes in der Projektorganisation vertreten. Als Nutzniesser des unentgeltlich wiederhergestellten integralen Landschaftsparks Arenenberg unterstützt der Kanton die externen Planungs- und Bauleistungen mit einem Betrag von Fr. 100'000.-- aus dem Budget 2021 des Hochbauamtes (Investitionsrechnung Kontoabschnitt 6225 Baubeiträge).

Seite 202 Bauprogramm Hochbauten, Projekte im Finanzplan: Schliess-Anlage MZ Kalchrain

Die bestehende Schliessanlage im Massnahmenzentrum Kalchrain ist 20 Jahre alt und umfasst über 1000 Zylinder. Elektronische Zylinder sind im Klostergebäude in allen Türen der Aussenhülle, sowie bei den Gruppenabschlüssen und Bürotüren montiert. Die "Elostar-Zylinder" der Firma Kaba werden nicht mehr hergestellt und sollen durch das Onlinesystem "Kaba exos 9300" abgelöst werden. Dieses System wird schon seit Jahren bei Bauten mit erhöhten Ansprüchen an die Sicherheit im Kanton Thurgau einge-

setzt. Jeder Zylinder wird mit einem Elektrokabel mit der Zentrale verbunden. Diese Arbeiten sind aufwändig und kostenintensiv (Fr. 1.2 Mio). Die restlichen Gebäude werden mit einem Offlinesystem ausgerüstet, dessen Installationsaufwand weniger gross ist. Da die Domäne Kalchrain dem Verwaltungsvermögen zugeordnet ist, sind Unterhalt und Investitionen wie auch bei der Domäne Arenenberg beim HBA budgetiert. Die übrigen Domänen, die verpachtet sind, sind dem Landwirtschaftsamt zugeordnet. Für diese Domänen erbringt das HBA lediglich Dienstleistungen für Planung und Bauprojektmanagement.

Seite 204 MZ Kalchrain, Trinkwasserversorgung

Das Massnahmenzentrum Kalchrain betreibt eine eigene Wasserversorgung mit Trink-, Brauch- und Löschwasser. Das Wasser stammt einzig von der Klosterquelle, die sich im Eigentum des Kantons Thurgau befindet. Im Zuge der Erarbeitung des vom Gesetz geforderten generellen Wasserversorgungsprojekts (GWP) der Gemeinde Herdern hat sich gezeigt, dass die Versorgungssicherheit für das Massnahmenzentrum nicht in genügendem Umfang gegeben ist. Zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit ist eine Verbindung zwischen den Wasserleitungsnetzen des MZ Kalchrain und der Wasserversorgung Herdern naheliegend. Bis anhin wären bei einem Notfall die beiden Wasserversorgungen mit einer Schlauchleitung verbunden worden. Durch den Bau einer festen Leitungsverbindung der Wasserversorgungen kann die Versorgungssicherheit der Trinkwasserversorgung gegenseitig deutlich erhöht werden. Gemäss Kostenvorschlag betragen die Kosten des Gesamtprojektes rund Fr. 728'000 (inkl. MWST.). Nach Abzug der zugesicherten Beiträge des Feuerschutzamtes (ca. Fr. 128'000 inkl. MWST) sowie der Politischen Gemeinde Herdern (Fr. 150'000 inkl. MWST.) verbleibt zu Lasten des Kantons Thurgau ein Restbetrag von rund Fr. 450'000 (inkl. MWST.). Die neue Verbindungsleitung verläuft vornehmlich auf dem Grundeigentum des Kantons Thurgau. Die neue Leitung verbleibt im Eigentum des Kantons Thurgau, während die Politische Gemeinde Herdern als Wasserbezüger auftritt. Ein Wasserlieferungsvertrag regelt die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen dem MZ Kalchrain und der Politischen Gemeinde Herdern. Er enthält Einzelheiten zum Betrieb, zum Wasserbezug und zu den Kosten.

6310-6377 Tiefbauamt

Seite 214, beschlossene Projekte / Planung, Thurbrücke in Pfyn

Bei der Planung der üblichen Instandsetzungsmassnahmen wurden statische Bauwerkdefizite festgestellt, welche aus Sicherheitsgründen behoben werden müssen und zur Komplettsanierung führen werden.

S. 216, Allgemeine Ausgaben gemäss § 29 StrWG

Alle alten Natriumdampflampen werden nach und nach durch LED Leuchten ersetzt. 2020 werden mit den Gemeinden Beleuchtungserneuerungen an Kantonsstrassen von brutto Fr. 675'000 ausgeführt. Die Gemeinden haben sich daran zu beteiligen oder der Kanton macht zur Ausführung Kostengutsprachen an die Gemeinden, so dass kantonale Ausgaben von netto rund Fr. 390'000.00 (Budget Fr. 300'000.00) zu erwarten sind.

8/10

Umstellungen werden in Affeltrangen, Berg, Eschenz, Fischingen, Gachnang, Kreuzlingen, Lengwil, Münchwilen, Sulgen und Weinfelden realisiert. Des Weiteren sind 2020 im Rahmen von Sanierungs- und Korrektionsprojekten (die Kosten sind bei diesen Objekten Bestandteil des gesamten Kostenvoranschlages) Fr. 953'000 für Beleuchtungen veranschlagt – dies in Bischofszell, Bürglen, Eschlikon, Frauenfeld, Horn, Münsterlingen, Kreuzlingen, Sirmach, Stettfurt und Wagenhausen.

6410 Amt für Denkmalpflege

Das Amt ist daran seine Tätigkeiten und eine Neuausrichtung umfassend zu überprüfen. Weiter wird in die Teamentwicklung investiert. Für die externe Begleitung fallen Zusatzkosten an.

6510-6532 Amt für Umwelt

Produktegruppe Gewässerqualität und -Nutzung

Zur Situation bezüglich Cyanobakterien in den Thurgauer Gewässern:

Es gibt verschiedenste Arten von Cyanobakterien (oder auch Blaualgen genannt). Sie kommen natürlicherweise in jedem Stehgewässer vor. Unter bestimmten Voraussetzungen (Temperatur, Nährstoffverhältnis von Stickstoff/Phosphor, Phosphorgehalt usw.) können sich Blaualgenblüten bilden. Dabei können die Cyanobakterien verschiedenste Toxine (Gifte) ausscheiden, welche eine Gefahr darstellen, wie z. B. der Fall am Neuenburgersee zeigt. Es ist noch anzumerken, dass nicht bei jeder Blaualgenblüte Toxine ausgeschieden werden.

Mit Ausnahme des Bodensees werden die Stehgewässer (Seen/Weiher) im Thurgau nicht systematisch untersucht, d. h. es gibt auch keinen vollständigen Überblick über mögliche Blaualgenvorkommen. Das Amt für Umwelt wird erst aktiv, wenn eine Algenblüte gemeldet wird. Bei den folgenden Stehgewässern sind in der jüngeren Vergangenheit Blaualgenblüten aufgetreten:

- Im Bodensee wird in Zusammenarbeit der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) an verschiedenen Stellen in monatlichen Abständen das Vorkommen von Algen (inkl. den Cyanobakterien) angeschaut. In den letzten Jahren sind immer wieder Burgunderblualgenblüten (ein Cyanobakterium) aufgetreten, von denen bisher für Mensch und Tier keine Gefahr ausging.
- Im Hüttwilersee wurden in den Jahren 2012 bis 2016 ebenfalls Blaualgenblüten beobachtet, bei denen auch erhöhte Toxinkonzentrationen gemessen und mit Warntafeln darauf hingewiesen wurde. Seither konnten keine übermässigen Blaualgenblüten mehr festgestellt werden.
- Im Ziegeleiweiher in Kreuzlingen sind in den letzten Jahren immer wieder Blaualgenblüten inkl. Toxinbildung aufgetreten. Hier hat die Gemeinde in Absprache mit dem Amt für Umwelt und dem Kantonalen Laboratorium Warntafeln aufgestellt und Hundebesitzer oder auch Badende auf eine mögliche Gefährdung aufmerksam gemacht.

Produktegruppe Luftreinhaltung und Klima

Im Protokoll der Subkommission DBU zum Budget 2020 wurden wir informiert, dass der Betrieb der Firma SIA Abrasives in Frauenfeld die beiden toxischen Schadstoffe Phenol und Formaldehyd ausstösst. Wir erfuhren, dass die nächsten Messungen im Winter 2019/2020 erfolgen würden, dass bei den letzten Messungen im April und Juni 2019 die Grenzwerte eingehalten wurden und dass seit Januar 2018 keine Meldungen bezüglich Probleme in der Nachverbrennung bestehen.

Im Betrieb sind zwei thermische und eine katalytische Nachverbrennung vorhanden. Diese werden regelmässig (jedes Jahr) gemessen. Die Grenzwerte gemäss Luftreinhaltungsverordnung wurden jeweils eingehalten. Selten kommt es vor, dass die Abluftreinigungsanlagen (ALURA) ausfallen (Meldungen jeweils durch Fa. SIA selber). In dieser Zeit (Minuten – Stunden) kann es zu erhöhten Emissionsepisoden kommen. Jedoch sind keine regelmässigen Ausfälle zu verzeichnen.

Gemäss Aufzeichnung gab es vor Jan. 2018 mehr Ausfälle der ALURA als danach. Die Messungen 19/20 zeigen, dass alle ALURA die Grenzwerte der LRV wiederum gut einhalten. Die Wirkungsgrade der ALURA seit 2018 liegen zwischen 91 und 100%. Die neue Abwasservorbehandlungsanlage ist seit diesem Jahr in Betrieb. Die Abnahme fand coronabedingt erst am 25. September 2020 statt.

6610-6620 Forstamt

Produktegruppe Staatswald S. 228, Forstwerkhof Fischingen, Überdachung des Aussenplatzes

Das Projekt wird unter Federführung des Hochbauamtes abgewickelt. Da die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen gemäss § 27 Abs. 3 Ziff. 4 der Verordnung des Regierungsrates zum Waldgesetz (RB 921.11) zur Entnahme aus der Forstreserve berechtigen, erfolgt die Finanzierung durch den Staatswald-Betrieb Fischingen-Tobel mittels Entnahme aus der Forstreserve und nicht über das Budget des Hochbauamtes

Finanzplan 2022 – 2024 (Finanzplanbotschaft)

6410 Amt für Denkmalpflege, Seite 47, Globalbudget

Beginnend ab Finanzplan 2023 beginnt der Sachaufwand für Dienstleistungen Dritter im Finanzplan. Im Wesentlichen ist dies mit dem Abschluss der Organisationsentwicklung und dem Ende des Projektes Neuausrichtung Amt für Denkmalpflege sowie dem Abschluss der Archivreorganisation begründet.

6210-6225 Hochbauamt, S. 51

Die Pauschalkürzungen im Hochbauprogramm in den Finanzplanjahren fallen höher als üblich aus. Dies zeigt den eigentlichen Überhang an (möglichen) Investitionsprojekten. Bei vielen Projekten bestehen aber noch grosse Unsicherheiten bezüglich Höhe der Kosten und der Termine (z.B. Museen), weshalb die Höhe der Pauschalkürzungen in den Finanzplanjahren als vertretbar erachtet werden. Das jährliche Überarbeiten des Hochbauprogrammes ermöglicht es, die Planung entsprechend der Entwicklung der

10/10

einzelnen Vorhaben jährlich anzupassen und je nach Bedarf Projekte zu verschieben oder auf mehrere Jahre zu verteilen. Ein Ausgleich kann über die Auflösungstranchen der Vorfinanzierung Hochbauten gemacht werden - gemäss aktueller Planung werden die Mittel (Bestand Ende 2019: 15.4 Mio. Franken) aber bis Ende der Finanzplanperiode aufgebraucht sein.

6310-6377 Tiefbauamt, Tiefbauprogramm Seite 55, allg. Aufgaben gemäss § 29 StrWG

Für Bau und Unterhalt von Wanderwegen sind 2022 – 2024 für den ganzen Kanton «nur» gerade Fr. 150'000 budgetiert. Der Betrag für laufende Unterhaltsarbeiten war in den letzten Jahren ausreichend. Der Verein Thurgauer Wanderwege beaufsichtigt mit den Ortsbeauftragten die Wanderwege und schlägt dem TBA nötige Massnahmen vor (z.B.: Neubekiesungen, Brückenreparaturen, Geländerersatz, etc.). Zudem erledigen die Werkhöfe kleinere betriebliche Unterhaltsarbeiten (Gehölz- oder Grünpflege) in ihrem Grundauftrag. Diese Kosten werden in der Betriebsrechnung verbucht.

Steckborn, 30. Oktober 2020

Die Subkommissionspräsidentin
Kantonsrätin Christine Steiger Eggli